



PRESSESPIEGEL

41. KW und 42. KW 2023

Ausschnitt aus **Hanauer Anzeiger** vom **09.10.2023**

Klarer Sieg für Max Schad

Christdemokrat gewinnt erneut Wahlkreis 40 (Main-Kinzig I) / Degen nur auf Platz drei

Main-Kinzig-Kreis – Bereits nach den ersten Ergebnissen, die gestern Abend aus den Wahlkreisen eintrafen, zeichnete sich der erneute Sieg des CDU-Kandidaten Max Schad im Wahlkreis 40 (Main-Kinzig I) ab. Als um 19.45 Uhr 50 der 123 Wahlkreise ausgezählt waren, lag er mit 34,1 Prozent klar vorne. Der AfD-Bewerber Peter Schneider (21,3) und der Sozialdemokrat Christoph Degen (21,1) lieferten sich derweil ein Kopf-an-Kopf-Rennen um Platz zwei, während die Grüne Anja Zeller (10,5) zu diesem Zeitpunkt bereits klar abgeschlagen war.

Vor fünf Jahren hatte Max Schad das Direktmandat nur knapp mit 27,2 zu 25,7 Prozent der Erststimmen gegen Christoph Degen gewonnen. Gestern lag der Christdemokrat hingegen in allen Städten und Gemeinden des Wahlkreises 40 vor seinem sozialdemokratischen Konkurrenten. Sogar in seinem Wohnort Neuberg musste sich Degen Schad mit 26,5 zu 29,8 Prozent geschlagen geben. Im Gesamtergebnis kam der SPD-Generalsekretär bei den Erststimmen sogar nur auf Platz drei (20,3 Prozent), lag der AfD-Bewerber Peter Schneider noch knapp mit 20,5 Prozent vor ihm.

Max Schad hingegen hatte allen Grund zum Strahlen. Zum einen was das Gesamtergebnis der hessischen CDU betraf, aber auch bezüglich seines eigenen Resultats im Wahlkreis 40. Mit 35,3 Prozent der Erststimmen lag er weit vor seinen Konkurrenten, die jeweils nur knapp über 20 Prozent erzielten. Bei den Zweitstimmen kam die CDU in diesem Wahlkreis sogar auf 35,6 Prozent.

Schad war entsprechend euphorisch. „Heute ist ein toller Tag. Ich bin froh und sehr zufrieden, vor allem, weil unser Ergebnis noch deutlich besser ist als in den Umfragen“, so die erste Stellungnahme des Christdemokraten gestern Abend in Gelnhausen. Eine so klare Mehrheit habe „es in der Geschichte des Landes schon lange nicht mehr“ gegeben. „Das stärkt uns“, ist der Vorsitzende der CDU Main-Kinzig überzeugt.

Die AfD kam bei den Zweitstimmen im Wahlkreis 40 auf 21,7 Prozent und lag damit klar vor SPD (14,5) und Grünen (12,3). Die FDP erreichte lediglich 4,6 Prozent, während sich die Linke mit 2,1 Prozent begnügen musste.

Bei den Erststimmen kam Anja Zeller für die Grünen nur auf 10,7 Prozent, während Anke Pfeil für die FDP 5,1 Prozent erreichte.

Die CDU hatte in allen Kommunen des Wahlkreises 40 die Nase vorn, sowohl bei den Erst- als auch den Zweitstimmen. Und bei den Zweitstimmen lag durchgehend die AfD auf dem zweiten Rang, noch vor SPD und Grünen. Bei den Erststimmen konnte Christoph Degen in einigen Städten und Gemeinden noch Rang zwei vor Peter Schneider behaupten. Doch insgesamt musste er sich dem AfD-Kandidaten knapp geschlagen geben und erreichte so lediglich den dritten Platz.

Besonders stark schnitt die AfD in Langenselbold und Erlensee ab, wo sie bei den Zweitstimmen auf 23,7 beziehungsweise 27,2 Prozent kam. In der Gründastadt stützten die Sozialdemokraten bei den Zweitstimmen auf 14,9 Prozent ab. SPD-Bewerber Degen lag dort auch bei den Erststimmen hinten. Er erreichte in Langenselbold 21,2 Prozent, während der AfD-Kandidat Schneider 22,3 Prozent einfuhr. In Erlensee fuhr Peter Schneider für die AfD bei den Erststimmen 26,4 Prozent ein, während Christoph Degen nur auf 19,5 Prozent kam. Auch in Erlensee ging Max Schad als Erster ins Ziel, erreichte er dort doch 31,4 Prozent.

Oktoberfeststimmung beim SV Kilianstädten

Der Vereinsvorsitzende des SV Kilianstädten, Marco Vogl, schwang zwar nicht den Holzhammer zum Anstechen des ersten Fasses mit Oktoberfestbier bei der Traditionsveranstaltung des Vereins, sorgte aber mit geübter Hand dafür, dass das Bier in ausreichender Menge floss. Das Festzelt auf dem

Sportgelände war geschmückt mit weiß-blauen Fahnen, Kränzen und anderen Dingen, welche die Besucher fast auf der Münchner Wies'n wähten. Die gefüllten Sitzreihen zeigten, wie sehr das Oktoberfest angenommen wurde: 250 Karten wurden allein im Vorfeld verkauft. Kaum ein Gast, der nicht mit

Lederhose, Jankerl und Haferlschuhen erschien, die Damen im feschen Dirndl. Eine tolle Stimmung herrschte bis in die frühen Morgenstunden. Auch der Frühschoppen am nächsten Tag war bestens besucht. Für die Stimmung sorgten Sänger Rainer Vogl und Büdesheimer Musikanten.

Ausschnitt aus **Hanauer Anzeiger** vom **10.10.2023**

Bundesthemen überlagern Ortspolitik

Schönecker CDU-Kandidatin hofft auf Rückenwind für Bürgermeisterwahl / Grüne und SPD frustriert

Schöneck – Große Freude über den Stimmenzuwachs herrscht bei der CDU in Schöneck. Fraktionschefin Carina Wacker hofft schon auf Rückenwind für ihre Kandidatur als Bürgermeisterin für die Wahl am 25. Februar. Enttäuscht sind SPD und Grüne, deren Wahlkampf von Bundesthemen überlagert wurde, wie sie im Gespräch mit unserer Zeitung berichten. Die Schönecker Direktkandidatin Anke Pfeil (FDP) hat es zwar nicht in den Landtag geschafft, freut sich aber über das gute Ergebnis in ihrer Heimatgemeinde.

Natürlich sei sie traurig, dass es nicht gereicht hat, so Pfeil. „Der hessische Landtag war mein großes politisches Ziel, vor allem weil ich so gerne Kommunalpolitik mache und so gerne daran mitgearbeitet hätte, dass die Kommunen besser ausgestattet werden, um ihre Aufgaben auch so wahrzunehmen, wie es erforderlich wäre“, kommentiert sie ihr Abschneiden in den sozialen Netzwerken. Als Schöneckerin freue sie sich dafür sehr über das Ergebnis zu Hause. „Hier in Schöneck hat die **FDP** 6 Prozent erhalten und ich persönlich 10,3 Prozent. Das heißt, 628 Menschen von 6192 (Wahlbeteiligung 70,9 Prozent), die dankenswerterweise zur Wahl gegangen sind, haben mir ihre Erststimme geschenkt. Herzlichen Dank dafür, ich weiß das wirklich zu schätzen“, schreibt sie weiter.

Betroffen machten sie aber die Ergebnisse der AfD, „die ja aber nicht vom Himmel gefallen sind“. „Man kann nicht drum herum kommen, die große Unzufriedenheit in der Bevölkerung zur Kenntnis zu nehmen – und ich teile nicht die Meinung, dass jeder AfD-Wähler ein Nazi ist, aber klar ist natürlich, dass man sich – wenn man eine Partei wie die AfD wählt – eben zwangsläufig auch in die Gesellschaft von Menschen begibt, die schlimmes und gefährliches Gedankengut vertreten.“ Die Entwicklung sei jedenfalls besorgniserregend und sie könne nur allen politisch Aktiven raten, sich deutlich engagierter mit den Themen zu beschäftigen, die die AfD möglicherweise so stark gemacht haben.

Dass es nicht einfach würde, bekamen die **Sozialdemokraten** in Schöneck vor allem in den vergangenen zwei Wochen an ihren Wahlkampfständen zu spüren, berichtet Klaus Ditzel, Vorsitzender der Gemeindevertretung und Chef des Schönecker Ortsverbands im Gespräch mit unserer Zeitung. „Die negative Stimmung gegenüber der Ampel-Regierung hat voll durchgeschlagen“, sagt er. Die Migration sei ein Thema, das viele Menschen beschäftige und oft zur Sprache gekommen sei. „Dabei ist die Situation in Schöneck noch ganz gut zu bewältigen. Wir müssen zwar eine Containerunterkunft bauen, um die Geflüchteten unterzubringen, aber es wurde ja keine Turnhalle geschlossen.“ Auf Kritik bei vielen Wählerinnen und Wähler sei aber auch gestoßen, dass SPD-Spitzenkandidatin Nancy Faeser nicht auf ihr Amt als Innenministerin verzichten wollte. „Das ist vielen Menschen übel aufgestoßen“, berichtet Ditzel.

Frustrierend für die Sozialdemokraten vor Ort, die mit der örtlichen CDU kooperieren: Landes- oder gar Kommunalpolitik spielten bei dieser Wahl fast keine Rolle. „Ein Thema, das in Schöneck aktuell sehr präsent ist, sind die Pläne für das Rechenzentrum. Aber auch da sind wir uns mit der Mehrheit der Parteien im Gemeindeparlament einig. Da ist es schon sehr frustrierend, dass die SPD so schlecht abgeschnitten hat.“ Er hofft, dass bei der anstehenden Bürgermeisterwahl die kommunalen Themen im Vordergrund stehen. Die SPD schickt Fraktionschef Walter Rauch ins Rennen.

Auch Peter Zittier, Vorsitzender der Schönecker **Grünen**, ist vom Abschneiden seiner Partei enttäuscht. Vor fünf Jahren rangierte die grüne Partei noch auf Platz zwei, liegt nun aber hinter der AfD. „Landesthemen sind wenig zur Sprache gekommen“, berichtet Zittier über den Wahlkampf. Migration und die Klimadiskussion hätten eine weitaus größere Rolle gespielt. Auch das neue „Heizungsgesetz“, das seine Partei in Berlin vorangetrieben hat, sei vor Ort nicht gut angekommen. Dabei gebe es in der Gemeinde traditionell ein hohes Wählerpotenzial für grüne Themen. Im Vergleich mit anderen Kommunen im Main-Kinzig-Kreis ist das Ergebnis der Grünen gut. Deshalb stünden laut Zittier auch die Chancen für den grünen Bürgermeisterkandidaten Wolfgang Seifried nicht schlecht. „Unser Ziel ist es, dass er mindestens in die Stichwahl kommt“, blickt Zittier optimistisch nach vorne.

Diese Landtagswahl stelle aber aus einem anderen Grund für ihn „eine Zäsur“ dar. „Die AfD ist keine vorübergehende Erscheinung. Wir müssen uns mit ihr offen auseinandersetzen.“

Die **CDU Schöneck** hat aus diesem Grund bereits für kommende Woche eine Vorstandssitzung anberaunt, in der man sich darüber unterhalten will, wie man gemeinsam mit den anderen Parteien dem Rechtsruck entgegenwirken kann, erklärt CDU-Fraktionsvorsitzende Carina Wacker im Gespräch mit unserer Zeitung.

Ihre Partei konnte als einzige der im Gemeindeparlament vertretenen einen Stimmenzuwachs verzeichnen. Entsprechend groß ist die Freude. Das gute Ergebnis habe sich in den vergangenen Wochen abgezeichnet. „Bei meinen Hausbesuchen bin ich durchweg auf positive Resonanz gestoßen“, sagt Wacker.

Ausschnitt aus **Hanauer Anzeiger** vom **12.10.2023**

Permanent in Bewegung gewesen

Schulsport- und Teambuilding-Aktion an der Friedrich-Ebert-Schule

Schöneck – Anlässlich eines Projekttages der Friedrich-Ebert-Schule in Kilianstädten haben Bewegung und Teambuilding im Mittelpunkt für Kinder und Lehrer gestanden. Bei bestem Wetter fand die Aktion für elf Klassen unter dem Motto „Zusammen einfach besser“ auf dem Außengelände der Schule statt.

Die Friedrich-Ebert-Schule ist eine Grundschule mit rund 240 Schüler, die ein Schulsport-Event in Zusammenarbeit mit dem Sportveranstalter „football-in-your-life“ im Rahmen des „Löwenstark“-Projektes des Landes Hessen durchführte. Schulleiterin Silvia Fernandes und ihr Kollegium hatten die Event-Veranstalter engagiert, um allen Kindern ein besonderes Highlight und zur Kompensation zu ermöglichen. Die football-in-your-life gGmbH ist ein gemeinnütziges Unternehmen, das die Förderung des Sports zum Ziel hat. Zentral sind projektbezogene Bildungs- und Sportaktivitäten an Schulen. Hierbei soll aktive Teilhabe am Sport ermöglicht werden unter Einbezug der Förderung der Sozialkompetenzen. Aber auch der Denksport kam nicht zu kurz. Höhepunkt des außergewöhnlichen Schultages waren die vielfältigen und abwechslungsreichen Bewegungsangebote, die allen Klassen fünf Stunden lang besondere Herausforderungen boten. Event-Module wie die Schnitzeljagd, der „Fun-Run“, Futsal und Zumba verbanden traditionelle Sportarten mit innovativen Ideen, sodass Jubel, Anfeuerungsrufe und Applaus laut zu hören waren und alle Kinder begeistert bis in die Mittagsstunden hinein permanent in Bewegung waren. Umrahmt wurde dieses einzigartige Sporterlebnis von teambildenden Aufgaben, die nur gemeinsam zu bewältigen waren.

Einen ganzen Schultag lang galt es abwechslungsreiche und spannende Kooperationsspiele zu absolvieren. Diese konnten nur bewältigt werden, wenn die Teilnehmer sich gegenseitig vertrauten, effektiv kommunizierten und als Einheit agierten. Die einzelnen Workshops förderten die Sozialkompetenz der Kinder und sollten zur Verbesserung des Klassenklimas beitragen.

Der Projekttag war somit für Groß- und Klein ein voller Erfolg, was die Schulleiterin Silvia Fernandes für ihre Schülerschaft sehr freute. upn

Ausschnitt aus **Hanauer Anzeiger** vom **12.10.2023**

„Kirche Kunterbunt“ sagt „Danke!“

Schöneck – Die Evangelische und Katholische Kirchengemeinde Kilianstädten/Oberdorfelden veranstalten am Sonntag, 5. November, von 15.30 bis 18.30 Uhr im katholischen Pfarrzentrum in der Bleichstraße im Ortsteil Kilianstädten für Kinder bis zu zwölf Jahren, deren Familien

und Freunde die nächste „Kirche Kunterbunt“ zum Thema „Wir sagen Danke!“.

Das Team hat wieder jede Menge kunterbunte Kreativangebote rund um das Danke-Sagen für die ganze Familie vorbereitet. Im Feiern tragen dann alle zusammen, was sie gebastelt und gebaut

haben, singen gemeinsam und hören dazu Geschichten. Das Finale der Veranstaltung bildet das gemeinsame Essen. Gegen 18.30 Uhr treten dann alle den Heimweg an.

Eine Anmeldung über eli.stueve@t-online.de bis zum 2. November ist erwünscht.

sam

Mehr Geld fürs Kita-Personal

Gemeindevertreter beschließen Arbeitsmarktzulage / Finanzierung über Grundsteuer

Schöneck – Es war eine Entscheidung mit bitterem Beigeschmack: In Schöneck sollen Erzieherinnen und Erzieher ab 2024 eine Arbeitsmarktzulage erhalten. Damit geben die Gemeindevertreter dem Druck nach, der sich aus dem akuten Personalmangel im Kita-Bereich ergibt. Sie stimmten in ihrer Sitzung am Dienstagabend mit breiter Mehrheit einer entsprechenden Vorlage zu – wissend, dass die Kosten dafür von den ohnehin mit gestiegenen Kosten belasteten Bürgern zu tragen sein werden.

Die umliegenden Städte Nidderau, Karben, Hanau und Maintal zahlen bereits mehr Geld. Aus Sorge, ihr Personal an die Konkurrenz zu verlieren beziehungsweise bei Neueinstellungen nicht attraktiv genug zu sein, wurde am Dienstagabend der Zulage zugestimmt. Die Entscheidung bedeutet auch: Die jährlichen Kosten von rund 400 000 Euro müssen über höhere Kita-Gebühren und eine Grundsteuererhöhung finanziert werden.

„Wir sind in einer Kostenspirale gefangen. Nidderau hat als erstes die Gehälter erhöht, jetzt sind wir gezwungen, nachzuziehen“, erklärte Anke Pfeil (FDP). Die Vorlage verursache ihr „Bauchweh“. Zwar halte sie die Erhöhung in der Sache für „wichtig und richtig“, jedoch seien die hohen Kosten aus ihrer Sicht „nicht verantwortbar“, deshalb werde sich ihre Partei bei der Abstimmung enthalten. Denn die Allgemeinheit werde über eine Steuererhöhung nicht erfreut sein.

Wolfgang Seifried (Grüne) betonte zwar, dass er die Bedenken teile, doch „so ist eben der Markt“, sagte er.

Carina Wacker (CDU) hätte den Erzieherinnen und Erziehern gerne schon früher mehr Geld gezahlt. Ihre Fraktion hatte vor rund einem Jahr den ursprünglichen Antrag eingebracht, der damals aus Kostengründen zurückgestellt worden war. Schöneck müsse den Kita-Fachkräften mehr bezahlen, um Erzieherinnen und Erzieher in Schöneck zu halten und neue hinzuzugewinnen, hieß es schon damals. Dafür sei man bereit, andere Projekte hintenan zu stellen. „Es besteht dringender Handlungsbedarf“, unterstrich Wacker jetzt aufs Neue.

Die SPD-Fraktion hätte den Antrag gerne noch um einen zweiten Punkt erweitert. „Der Fachkräftemangel ist längst auch im Verwaltungsbereich angekommen. Ich würde dem Gemeindevorstand gerne ein Instrumentarium an die Hand geben, um diesem zu begegnen“, sagte Walter Rauch (SPD). Dies würde mit weiteren 300 000 Euro zu Buche schlagen und fand an diesem Abend daher keine Mehrheit.

Bürgermeisterin Conny Rück (SPD) betonte, dass man in der Gemeinde vor allem auf eine eigene Ausbildung setze, um neues Personal zu gewinnen. Leider garantiere eine bessere Bezahlung nicht, dass es automatisch mehr Bewerbungen gibt. Die Verwaltungschefin wies darauf hin, dass die Gemeindevertreter nun vor schwierigen Haushaltsberatungen stünden. Auch bei den Kosten für die Flüchtlingsbetreuung gebe es ein erhebliches Defizit.

Weiterer Beschluss

Eine weitere Entscheidung ist zu den umstrittenen Plänen für das **Rechenzentrum in Kilianstädten** gefallen. Weil die Fläche des Gewerbegebietes Kilianstädten Nord II für den Bau um 4,8 Hektar erweitert werden soll, muss ein sogenanntes **Zielabweichungsverfahren** eingeleitet werden. Dem stimmten die Gemeindevertreter zu. Für die Änderung des Regionalen Flächennutzungsplans braucht es ab einer Veränderungsgröße von 3 Hektar die Zustimmung der Regionalversammlung Südhessen. Bürgermeisterin Rück rechnet mit einer Entscheidung erst **2024**. Erst dann kann der Bebauungsplan aufgestellt werden. fmi

Mehr Geld fürs Kita-Personal

SCHÖNECK Gemeindevertretung beschließt Arbeitsmarktzulage / Finanzierung über Grundsteuer

VON MIRJAM FRITZSCHE

Es war eine Entscheidung mit bitterem Beigeschmack: In Schöneck sollen Erzieherinnen und Erzieher ab 2024 eine Arbeitsmarktzulage erhalten. Damit geben die Gemeindevertreter dem Druck nach, der sich aus dem akuten Personalmangel im Kita-Bereich ergibt. Sie stimmten in ihrer Sitzung am Dienstagabend mit breiter Mehrheit einer entsprechenden Vorlage zu – wissend, dass die Kosten dafür von den ohnehin mit gestiegenen Kosten belasteten Bürgern zu tragen sein werden.

Die umliegenden Städte Nidderau, Karben, Hanau und Maintal zahlen bereits mehr Geld. Aus Sorge, ihr Personal an die Konkurrenz zu verlieren beziehungs-

wise bei Neuinstellungen nicht attraktiv genug zu sein, wurde am Dienstagabend der Zulage zugestimmt. Die Entscheidung bedeutet auch: Die jährlichen Kosten von rund 400 000 Euro müssen über höhere Kita-Gebühren und eine Grundsteuererhöhung finanziert werden.

„Wir sind in einer Kostenspirale gefangen. Nidderau hat als erstes die Gehälter erhöht, jetzt sind wir gezwungen, nachzuziehen“, erklärte Anke Pfeil (FDP). Die Vorlage verursache ihr „Bauchweh“. Zwar halte sie die Erhöhung in der Sache für „wichtig und richtig“, jedoch seien die hohen Kosten aus ihrer Sicht „nicht verantwortbar“, deshalb werde sich ihre Partei bei der Abstimmung enthalten. Denn die Allgemeinheit werde über eine Steuererhöhung

nicht erfreut sein. Wolfgang Seifried (Grüne) betonte zwar, dass er die Bedenken teile, doch „so ist eben der Markt“, sagte er.

Carina Wacker (CDU) hätte den Erzieherinnen und Erziehern gerne schon früher mehr Geld gezahlt. Ihre Fraktion hatte vor rund einem Jahr den ursprünglichen Antrag eingebracht, der damals aus Kostengründen zurückgestellt worden war. Schöneck müsse den Kita-Fachkräften mehr bezahlen, um Erzieherinnen und Erzieher in Schöneck zu halten und neue hinzuzugewinnen, hieß es schon damals. Dafür sei man bereit, andere Projekte hintenanzustellen. „Es besteht dringender Handlungsbedarf“, unterstrich Wacker jetzt aufs Neue.

Die SPD-Fraktion hätte den Antrag gerne noch um einen zweiten

Punkt erweitert. „Der Fachkräftemangel ist längst auch im Verwaltungsbereich angekommen. Ich würde dem Gemeindevorstand gerne ein Instrumentarium an die Hand geben, um diesem zu begegnen“, sagte Walter Rauch (SPD). Dies würde mit weiteren 300 000 Euro zu Buche schlagen und fand an diesem Abend daher keine Mehrheit.

Bürgermeisterin Conny Rück (SPD) betonte, dass man in der Gemeinde vor allem auf eine eigene Ausbildung setze, um neues Personal zu gewinnen. Leider garantiere eine bessere Bezahlung nicht, dass es automatisch mehr Bewerbungen gibt. Die Verwaltungschefin wies darauf hin, dass die Gemeindevertreter nun vor schwierigen Haushaltsberatungen stünden. Auch bei den Kosten

für die Flüchtlingsbetreuung gebe es ein erhebliches Defizit.

Eine weitere Entscheidung ist zu den umstrittenen Plänen für das Rechenzentrum in Kilianstädten gefallen. Weil die Fläche des Gewerbegebietes Kilianstädten Nord II für den Bau um 4,8 Hektar erweitert werden soll, muss ein sogenanntes Zielabweichungsverfahren eingeleitet werden. Dem stimmten die Gemeindevertreter zu.

Für die Änderung des Regionalen Flächennutzungsplans braucht es ab einer Veränderungsgröße von drei Hektar die Zustimmung der Regionalversammlung Südhessen. Bürgermeisterin Rück rechnet mit einer Entscheidung erst 2024. Erst dann kann der Bebauungsplan aufgestellt werden.

Zisternen sollen bei Neubauen in Schöneck künftig Pflicht sein

Entsprechender Satzungsentwurf wird erarbeitet

VON MIRJAM FRITZSCHE

Schöneck – Die Sommer werden immer trockener, die Wasserampel der Kreiswerke Main-Kinzig ist in diesem Sommer bereits auf Grau gesprungen – die letzte Stufe vor einem Trinkwassernotstand. Die Bevölkerung wurde eindringlich zum Wassersparen aufzurufen (wir berichteten). Einen Beitrag dazu können Zisternen leisten, die Regenwasser auffangen, das zur Gartenbewässerung und für die Toilettenspülung genutzt werden kann.

Die Grünen befürworten den Einbau solcher Anlagen. Deshalb legten sie zur jüngsten Sitzung der Gemeindevertretung am Dienstag einen Antrag vor, der die Erarbeitung einer Zisternensatzung für die Gemeinde Schöneck fordert. Das Ziel: Bei Neubauten mit mehr als 50 Quadratmetern Auffangfläche sollen Bauherren zum Bau einer Zisterne verpflichtet werden. „Wenn die Bagger eh schon da sind, können Zisternen gleich mit eingebaut werden“, erläuterte Wolfgang Seifried (Grüne) und rechnete vor, dass sich so der Frischwasserverbrauch um 45 Prozent reduzieren ließe. Was folgte war eine

Grundsatzdiskussion zur Sinnhaftigkeit neuer Satzungen. Matthias Geisler (Freie Wählergemeinschaft) wies darauf hin, dass der Einbau einer Zisterne um die 10 000 Euro kosten können. Er bemängelte zudem, dass es seiner Meinung nach schon zu viele Satzungen gebe wie zum Beispiel die Vorgartensatzung.

Das sieht aus Carina Wacker (CDU) so. „Bauen wird immer teurer. Es dauert mehr als zehn Jahre, bis sich die Kosten für eine Zisterne amortisiert haben“, gab sie zu

Bedenken. Gernot Zehner (Wahlalternative Schöneck) argumentierte hingegen, dass auch der Preis für Wasser immer mehr steige. Mit einer Zisterne ließen sich bei einer mehrköpfigen Familie mehrere hundert Euro im Jahr sparen.

„Wasser ist unser höchstes Gut“, unterstrich Alwin Boekhoff (SPD) und plädierte für eine Zisternensatzung. Eine Mehrheit aus SPD, Grünen und WAS brachte den Antrag schließlich durch.

Eine entsprechende Satzung wird nun erarbeitet.

Weitere Beschlüsse des Gemeindeparkaments

- **Urnen-Baumbestattungen:** Der Antrag der SPD, Urnen-Baumbestattungen auch auf den Friedhöfen von Kilianstädten und Oberdorfelden zu ermöglichen, wird einstimmig beschlossen. Sie sind seit 2019 lediglich auf dem Friedhof Kilianstädter Straße in Budesheim möglich.
- **Verpflegungspauschale in Kitas:** Der Preis für die Mittagstischverpflegung für die Kindertagesstätten Löwenzahn, Sonnenwelle, Nidderstrolche und Waldwiese steigt. Die Gemeinde gibt die Preiserhöhung des Caterers Martin-Luther-Service GmbH an die Eltern weiter. Eine Portion kostet künftig fünf Euro. Das Verpflegungsentgelt für Kindergartenkinder und für Grundschulkindern kostet jetzt monatlich pauschal 100 Euro (bisher: 75 Euro).
- **Neuregelung Kita-Gebühren:** Die FWG-Fraktion zieht ihren Antrag, der ein neues Berechnungsmodell für die Kita-Gebühren gefordert hatte, zurück. „Der Verwaltungsaufwand wäre zu groß gewesen“, begründet Matthias Geisler. fmi

Zisternen bei Neubauten künftig Pflicht

Schöneck - Entsprechender Satzungsentwurf wird erarbeitet

VON MIRJAM FRITZSCHE

Die Sommer werden immer trockener, die Wasserampel der Kreiswerke Main-Kinzig ist in diesem Sommer bereits auf Grau gesprungen – die letzte Stufe vor einem Trinkwassernotstand. Die Bevölkerung wurde eindringlich zum Wassersparen aufzurufen (wir berichteten). Einen Beitrag dazu können Zisternen leisten, die Regenwasser auffangen, das zur Gartenbewässerung und für die Toilettenspülung genutzt werden kann.

Die Grünen befürworteten den Einbau solcher Anlagen. Deshalb legten sie zur jüngsten Sitzung der Gemeindevertretung am Dienstag einen Antrag vor, der die Erarbeitung einer Zisternensatzung für die Gemeinde Schöneck fordert. Das Ziel: Bei Neubauten mit mehr als 50 Quadratmetern Auffangfläche sollen Bauherren zum Bau einer Zisterne verpflichtet werden. „Wenn die Bagger eh schon da sind, können Zisternen gleich mit eingebaut werden“, erläuterte Wolfgang Seifried (Grüne) und rechnete vor, dass sich so der Frischwasserverbrauch um 45 Prozent reduzieren ließe. Was folgte war eine Grundsatzdiskussion zur Sinnhaftigkeit neuer Satzungen. Matthias Geisler (Freie Wählergemeinschaft) wies darauf hin, dass der Einbau einer Zisterne um die 10 000 Euro kosten können. Er bemängelte zudem, dass es seiner Meinung nach schon zu viele Satzungen gebe wie zum Beispiel die Vorgartensatzung.

Das sieht aus Carina Wacker (CDU) so. „Bauen wird immer teurer. Es dauert mehr als zehn Jahre, bis sich die Kosten für eine Zisterne amortisiert haben“, gab sie zu Bedenken. Gernot Zehner (Wahlalternative Schöneck) argumentierte hingegen, dass auch der Preis für Wasser immer mehr steige. Mit einer Zisterne ließen sich bei einer mehrköpfigen Familie mehrere hundert Euro im Jahr sparen. „Wasser ist unser höchstes Gut“, unterstrich Alwin Boekhoff (SPD) und plädierte für eine Zisternensatzung. Eine Mehrheit aus SPD, Grünen und WAS brachte den Antrag schließlich durch.

Eine entsprechende Satzung wird nun erarbeitet.

„Gruselparty“ im Alten Schloss

Schöneck – Gruselig wird es am Freitag, 27. Oktober, von 17 bis 21 Uhr im Alten Schloss Büdesheim. Im dortigen Jugendhaus soll eine Halloween-Party steigen. Auf die Besucher warten schaurige Überraschungen, verrückte Spiele, eine Ekelbowle und jede Menge Action, heißt es in der Ankündigung. Das Angebot richtet sich an Kinder und Jugendliche ab dem Grundschulalter. Jüngere Kinder können mit einer Begleitperson teilnehmen. Der Eintritt ist frei. fmi

Ausschnitt aus **Hanauer Anzeiger** vom **14.10.2023**

Schöneck sucht Wohnungen für Flüchtlinge

Schöneck – Da die vorhandenen Wohnungen zur Unterbringung von Flüchtlingen in Schöneck nahezu vollständig belegt sind, werden dringend weitere Unterkünfte gesucht. Die Gemeinde Schöneck übernimmt laut Mitteilung die Gewähr für die Miet- und Nebenkostenzahlungen für die zur Verfügung gestellten Unterkünfte. Darüber hinaus sorgt sie für die Betreuung der Flüchtlinge. Der Gemeindevorstand der Gemeinde Schöneck bittet daher alle Einwohner, die Interesse daran haben, Wohnungen oder Häuser für die Unterbringung von ausländischen Flüchtlingen zu vermieten, sich im Rathaus an Matthias Laufer, z 06187 9562-200, Mail: fluechtlingsbetreuung@schoeneck.de, zu wenden. Dort gibt es weitere Auskünfte zum Thema. fmi

Ausschnitt aus **Frankfurter Rundschau** vom **16.10.2023**

Schöneck sucht Wohnungen für Flüchtlinge

Schöneck. Da die vorhandenen Wohnungen zur Unterbringung von Flüchtlingen in Schöneck nahezu vollständig belegt sind, werden dringend weitere Unterkünfte gesucht. Die Gemeinde Schöneck übernimmt laut Mitteilung die Gewähr für die Miet- und Nebenkostenzahlungen für die zur Verfügung gestellten Unterkünfte. Darüber hinaus sorgt sie für die Betreuung der Flüchtlinge. Der Gemeindevorstand bittet daher alle Einwohner, die Interesse daran haben, Wohnungen oder Häuser für die Unterbringung von ausländischen Flüchtlingen zu vermieten, sich bei Matthias Laufer unter 06187 9562-200 zu melden. fmi

Radwegeausbau soll endlich konkret werden

Ausschuss stimmt über Maßnahmenpakete ab / Finanzierung weiterhin unsicher

Schöneck – Als vor genau fünf Jahren die Freien Wähler erste Maßnahmen zur Verbesserung der Radwege in Schöneck in der Gemeindevertretung beantragten, da hatte wahrscheinlich keiner damit gerechnet, dass dieses Thema solche Dimensionen annehmen würde. Denn schon bald hatten die Grünen darin einen Schwerpunkt ihrer Arbeit gesehen, ein umfangreiches Radverkehrskonzept erstellen lassen und treiben es nun Schritt für Schritt zusammen mit der SPD-Fraktion voran.

Deshalb lag dem Ausschuss für Bauen, Umwelt, Verkehr, Energie und Klimaschutz auf seiner jüngsten Sitzung am Mittwochabend auch der gemeinsame Antrag der Grünen und der SPD auf Priorisierung von Maßnahmen aus diesem Radverkehrskonzept zur Beratung und Beschlussfassung vor.

Zunächst ging es um die Verbindung Budesheim-Kilianstädten auf der Kreisstraße K 853. Dort sollen gemäß diesem Antrag jeweils am Anfang und Ende des einseitig straßenbegleitenden Radwegs Querungshilfen für Radfahrer entstehen. Darüber hinaus sollen Unebenheiten auf dem Radweg beseitigt werden sowie Markierungen eines Sicherheitstrennstreifens zwischen Radweg auf dem Hochbord und Straße aufgetragen werden.

Für die Freien Wähler war dies zu viel des Guten. „Wir schaffen mit den Trennstreifen Probleme, wo es bisher keine gab. Außerdem wird das alles viel zu teuer“, hielt der FWG-Fraktionsvorsitzende Matthias Geisler den Antragstellern entgegen. Nach ersten Kostenschätzungen soll die Gemeinde allein für diese Maßnahmen rund 235 000 Euro aufbringen.

„Hier geht es um Sicherheit, und außerdem gibt es dafür Fördergelder vom Land und vom Landkreis“, verteidigte Grünen-Sprecher Wolfgang Seifried den gemeinsamen Antrag mit der SPD. „Aber was ist, wenn die Förderung ausbleibt, weil die Gemeinde nicht auf allen Flächen das Sagen hat?“, beharrte Geisler auf seinen Bedenken. „Dann muss halt neu beraten werden“, mischte sich der SPD-Fraktionsvorsitzende Walter Rauch in die Diskussion ein. Nach langem Hin und Her wurde schließlich dem Änderungsantrag der FWG, der Querungshilfen und Instandsetzung bejaht, jedoch das Weglassen der Trennstreifen vorsieht, mehrheitlich zugestimmt.

Auch das zweite Bündel, das Sicherheitspaket Ortsmitte Budesheim, stieß auf Widerstand im Ausschuss. Demnach sollen Markierungsarbeiten auf der Hauptstraße zur besseren Wahrnehmung von Radfahrern dienen und die Nebenstraßen Friedrichstraße und Kirchgasse als Fahrradstraßen ausgewiesen werden.

Für die FWG stellen diese Maßnahmen eine Überregulierung dar, weil damit die Parkplätze in Gänge entfallen. Die SPD zog daraufhin ihren Antrag hinsichtlich der Kirchgasse zurück. Und auch das Vorhaben, die Brückgasse zu einer Fahrradstraße zu erklären, wurde schließlich mehrheitlich gestrichen. Das vorgeschlagene Sicherheitspaket Zufahrt zu den Märkten wurde dann ohne größere Diskussionen mehrheitlich angenommen.

Anders sah es dagegen bei dem Maßnahmenpaket Hohe Straße aus. Das sieht beidseitige Radmarkierung und vor allem die Änderung der Vorfahrtsregelung zugunsten des Verkehrs auf der Hohen Straße vor. Einwände dagegen hatte vor allem Ortslandwirt Matthias Wacker: „Die Hohe Straße wird auch von Landwirtschaftsfahrzeugen genutzt, die genauso breit wie die Straße sind. Mit anderen Worten, die Markierungen müssen fortwährend erneuert werden. Und wenn der Verkehr auf der Hohen Straße Vorrang erhält, dann spielt das nur den Radrennfahrern in die Karten, denn die werden dann noch weniger Rücksicht nehmen.“

Beide Maßnahmen wurden daraufhin mehrheitlich abgelehnt. Angenommen wurde hingegen das Sicherheitspaket Oberdorfelden, das einen gemeinsamen Rad- und Fußweg zwischen Bahnübergang und Nidderhalle vorsieht. Spannend wurde es dann noch einmal bei den Bahnradwegen. Denn die sollen um zusätzliche Fuß- und Radwege durch die Auen ergänzt werden. Dem Antrag wurde zugestimmt. Tücken hat allerdings die Finanzierung, denn der Antrag auf Bereitstellung von 200 000 Euro pro Jahr im Gemeindehaushalt für die Umsetzung des Radverkehrskonzepts wurde mehrheitlich abgelehnt.

Mit rund 600 000 Euro veranschlagen Grüne und SPD die Kosten für die vorgeschlagenen Maßnahmen und räumen selber ein, dass man mittlerweile noch 30 Prozent Kostensteigerung hinzurechnen müsse. Deshalb werden über diesen Antrag in der Gemeindevertretung, die final entscheidet, sicherlich neue Diskussionen folgen.